Deutscher Bundestag **Drucksache 14/6180**

14. Wahlperiode 30. 05. 2001

Beschlussempfehlung und Bericht

des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)

zu dem Antrag der Bundesregierung
– Drucksache 14/5972 –

Fortsetzung der deutschen Beteiligung an der internationalen Sicherheitspräsenz im Kosovo zur Gewährleistung eines sicheren Umfeldes für die Flüchtlingsrückkehr und zur militärischen Absicherung der Friedensregelung für das Kosovo auf der Grundlage der Resolution 1244 (1999) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen vom 10. Juni 1999 und des Militärisch-Technischen Abkommens zwischen der Internationalen Sicherheitspräsenz (KFOR) und der Regierungen der Bundesrepublik Jugoslawien und der Republik Serbien vom 9. Juni 1999

A. Problem

Die Lage im Kosovo bleibt weiter instabil und unsicher. Kriminelle Handlungen, einschließlich ethnisch begründeter Übergriffe und Gewalttaten gegen Kräfte von KFOR und UNMIK, dauern an. Eine sichere Rückkehr der Flüchtlinge kann nicht garantiert werden. Die von der internationalen Gemeinschaft angestrebte Dezentralisierung kommt wegen der Gefahr von Diskriminierungen nicht wie gewünscht voran. Sowohl im Justiz- und Polizeibereich als auch in der Verwaltung herrschen schwerwiegende Missstände. Zur Gewährung eines sicheren Umfeldes für die Flüchtlingsrückkehr und zur militärischen Absicherung der Umsetzung einer Friedensregelung für das Kosovo auf der Grundlage der Resolution 1244 (1999) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 10. Juni 1999 soll die deutsche Beteiligung an der internationalen Sicherheitspräsenz im Kosovo fortgesetzt werden.

Daneben soll das Mandat der deutschen Soldaten um die Beteiligung an dem Militärisch-Technischen Abkommen zwischen der KFOR und den Regierenden der Bundesrepublik Jugoslawien und der Republik Serbien erweitert werden. Damit wird das Einsatzgebiet auf die Boden- und Luftsicherheitszone, nämlich die entmilitarisierte Pufferzone zwischen dem Kosovo und Südserbien, ausgeweitet. Über die Wahrnehmung des kollektiven und individuellen Selbstverteidigungsrechts hinaus dürfen sie dort jedoch nicht zu Kampfhandlungen eingesetzt werden.

B. Lösung

Der Antrag auf Drucksache 14/5972 wird mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen eine Stimme aus der Fraktion der CDU/CSU sowie gegen die Stimmen der Fraktionen der F.D.P. und PDS angenommen

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Die einsatzbedingten Zusatzausgaben dieses Einsatzes werden aus den in der geltenden Finanzplanung des Bundes in Kapitel 60 04 Titel 547 03 (Beteiligung der Bundeswehr im Rahmen des Stabilitätspakts für Südosteuropa) etatisierten Ausgaben in Höhe von 2,0 Mrd. DM gedeckt.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschliessen,
den Antrag auf Drucksache 14/5972 anzunehmen.

Berlin, den 30. Mai 2001

Der Auswärtige Ausschuss

Hans-Ulrich Klose
Vorsitzender

Gert Weisskirchen (Wiesloch)
Berichterstatter

Karl Lamers
Berichterstatter

Dr. Helmut Lippelt
Berichterstatter

Ulrich Irmer
Berichterstatter

Wolfgang Gehrcke
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Gert Weisskirchen (Wiesloch), Karl Lamers, Dr. Helmut Lippelt, Ulrich Irmer und Wolfgang Gehrcke

I.

Der Deutsche Bundestag hat den vorliegenden Antrag auf Drucksache 14/5972 in seiner 167. Sitzung am 10. Mai 2001 beraten.

Der Antrag auf Drucksache 14/5972 wurde an den Auswärtigen Ausschuss federführend und an den Rechtsausschuss, den Verteidigungsausschuss, den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie an den Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

II.

Der **Rechtsausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 14/5972 in seiner 82. Sitzung am 16. Mai 2001 beraten. Er empfiehlt dem federführenden Auswärtigen Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, CDU/CSU und einer Stimme der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der F.D.P., PDS und einer Stimme der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme des Antrags.

Der **Verteidigungsausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 14/5972 in seiner 73. Sitzung am 30. Mai 2001 beraten. Er empfiehlt dem federführenden Auswärtigen Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der F.D.P. und PDS die Annahme des Antrags.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat die Vorlage auf Drucksache 14/5972 in seiner 61. Sitzung am 16. Mai 2001 beraten. Er empfiehlt dem federführenden Auswärtigen Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und CDU/CSU gegen die Stimmen der Fraktionen der F.D.P. und PDS bei Abwesenheit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme des Antrags.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat die Vorlage auf Drucksache 14/5972 in seiner Sitzung am 16. Mai 2001 beraten. Er empfiehlt dem federführenden Auswärtigen Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der F.D.P. und PDS sowie eine Stimme aus der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei einer Stimmenthaltung von Seiten der Fraktion der CDU/CSU die Annahme des Antrags.

Der **Haushaltsausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 14/5972 in seiner 75. Sitzung am 30. Mai 2001 beraten. Er empfiehlt dem federführenden Auswärtigen Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der F.D.P. und PDS bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU die Annahme des Antrags.

III.

Der **Auswärtige Ausschuss** hat in seiner 67. Sitzung am 16. Mai 2001 den Antrag auf Drucksache 14/5972 anberaten. Er empfiehlt dem Plenum in seiner 68. Sitzung am 30. Mai 2001 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen eine Stimme aus der Fraktion der CDU/CSU sowie gegen die Stimmen der Fraktionen der F.D.P. und PDS die Annahme des Antrags.

Berlin, den 30. Mai 2001

Gert Weisskirchen (Wiesloch)
Berichterstatter

Karl Lamers
Berichterstatter

Dr. Helmut Lippelt
Berichterstatter

Ulrich Irmer
Berichterstatter

Wolfgang Gehrcke
Berichterstatter

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333